

SIGNAL

Massive Proteste gegen Corona-Maßnahmen

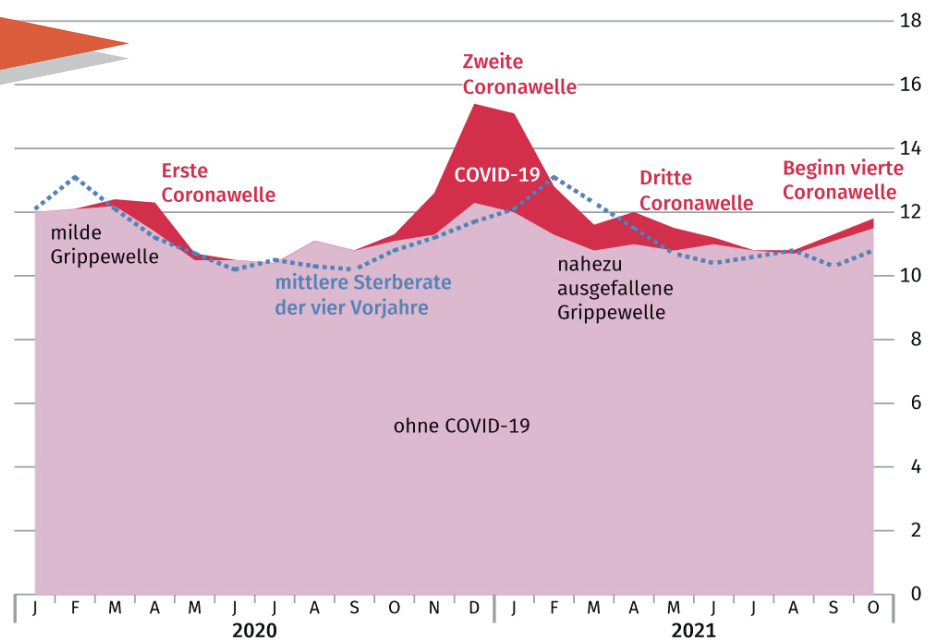
Am Beginn des Jahres 2022 hat Corona Deutschland wieder fest im Griff. Ein Ende der Pandemie und der damit einhergehenden Maßnahmen und Einschränkungen erscheint nur jahreszeitlich absehbar: Im Herbst und im Winter grassiert die Infektionskrankheit, im Frühling und im Sommer gehen die Ansteckungsraten zurück.

Immer mehr Menschen demonstrieren gegen staatlich verordnete Einschränkungen im Zusammenhang mit Corona. Politik und Massenmedien warnen vor einer Eskalation der politischen Auseinandersetzung. Aber ist wirklich zu befürchten, dass die Proteste aus dem Ruder laufen?

Demonstriert wird mehr im Osten als im Westen. Und die Proteste verlaufen „meist friedlich“, wie Mitte Dezember Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) einräumte. Viele der Versammlungen seien allerdings nicht angemeldet, beklagt der Minister. Presse und Fernsehen fokussieren jene Ausnahmen, in denen Bürgerprotest in Gewalt umschlägt. Daraus entsteht der offenbar sachlich falsche Eindruck, die meisten Corona-Demos seien unfriedlich.

Friedlicher Protest muss in einer Demokratie möglich sein. Wie gut eine freiheitliche Ordnung wirklich funktioniert, zeigt sich erst im Ausnahmezustand. Wer ständig nach Verboten ruft, sollte sein Verständnis von Freiheit und Demokratie überprüfen, statt andere an den Pranger zu stellen und sie für selbst verschuldete politische Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen.

Manfred Rouhs



Quelle: Sonderauswertung der Sterbefallzahlen und Bevölkerungsstatistik (Destatis), COVID-19-Todesfälle nach Sterbedatum (RKI); Datenstand: November 2021

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Zahlen des Statistischen Bundesamtes: Übersterblichkeit - aber nicht nur wegen Corona

Mit offiziellen Statistiken ist das immer so eine Sache. Sie beweisen alles und nichts. Regierungskritiker glauben ihnen regelmäßig ohnehin nicht und halten sie für manipuliert. Und auf den Schultern derer, die sie anfertigen, lasten die Erwartungshaltungen ihrer Auftrags- und Brötchengeber.

Umso bemerkenswerter ist, dass die Zahlen des Statistischen Bundesamtes - einer staatlichen Einrichtung, die dem Bundesinnenministerium untersteht - zur Übersterblichkeit in Deutschland im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr 2019 etwas besagen, was Politik und Massenmedien nicht brauchen können. Und zwar das folgende:

Es gab eine Übersterblichkeit im Coronajahr 2020. Die war aber beispielsweise im Oktober nur zu einem Drittel auf Corona zurückzuführen und hat zu zwei Dritteln andere, bislang ungeklärte

Ursachen. So meldet es u.a. t-online unter Berufung auf eine Pressekonferenz des Amtes in Wiesbaden.

Was sagt uns das? Vielleicht, dass Corona für ein Drittel der über die zu erwartenden Zahlen hinausgehenden Todesfälle verantwortlich ist und die Anti-Corona-Maßnahmen für doppelt so viele Fälle? Gibt es Zahlen zu Impffolgen und Todesfällen? - Offenbar nicht. Warum nicht?

Da lässt sich bislang nichts beweisen, das Gegenteil aber auch nicht.

Unsere Prognose lautet: Diese Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes war nicht geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zu stärken, nicht wegen dem, was die Vortragenden mitgeteilt haben, sondern wegen viel zu Vielem, was sie im Unklaren gelassen haben.

Nicht nur SPD und Grüne wollen mehr Zuwanderung - auch die CDU hat nichts dazugelernt.

Foto:
CC-Lizenz,
Michael von
der Lohe



Nichts gelernt aus 2015? Schäuble fordert Grenzöffnung im Osten

► Der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble will die an der Grenze zu Polen festsitzenden arabischen Asyltouristen nach Deutschland holen. Der „Spiegel“ zitiert ihn mit dem Satz:

„Für die verzweifelten und von Schleppern missbrauchten Menschen, die unter unwürdigen Bedingungen an der Grenze ausharren, brauchen wir eine schnelle, humanitäre Lösung.“

Und wie zur Entschuldigung schiebt Schäuble nach:

„Das heißt, wir müssen diesen Menschen eine vorläufige Einreise in die EU

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,

Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von EUR 60,00 jährlich enthalten.

gewähren und zügig geordnete Asylverfahren durchführen, um den dauerhaften Status zu klären und politisch nicht Verfolgte zurückzuführen.“

Dabei sollte der 79-Jährige selbst am besten wissen, dass die Präsenz dieser Menschen auf weißrussischem Staatsgebiet etwas mit Machtspielen zu tun hat, in deren Rahmen die politische Führung in Minsk aktiv eine „Notlage“ herbeigeführt hat, die ohne ihre bewusste Planung nie zustande gekommen wäre - aber nichts mit politischer Verfolgung. Die Araber, um die es dabei geht, haben auf bezahlte Werbung reagiert, die ihnen leichten Zugang zu deutschen Sozialleistungen versprochen hat. „Asyl“ und „politische Verfolgung“ sind in diesem Zusammenhang Türöffner, aber nicht die Ursache der Wanderungsbewegung.

Falls Schäuble tatsächlich „politisch nicht Verfolgte zurückzuführen“ beabsichtigt, kann er die Grenze getrost geschlossen halten. Tatsächlich geht es offenbar darum, Fakten zu schaffen: Wer dann einmal in Deutschland ist, der bleibt mindestens für einige Jahre.

Denn es ist kalt draußen und eine Rückreise unzumutbar. Die Asylverfahren dauern. Die Menschen müssen von irgendetwas leben. Also warum nicht vom deutschen Steuergeld?

Der „Spiegel“ zitiert Schäuble weiter:

„Gleichzeitig müssen wir die klare Botschaft senden, dass dies eine einmalige Ausnahmesituation ist, und aus dieser humanitären Geste kein dauerhafter alternativer Einreiseweg nach Europa eröffnet wird.“

Das glaubt er selber nicht! Eine „einmalige Ausnahmesituation“ reiht sich an die nächste, seit Jahrzehnten schon. Und die CDU marschiert immer vorneweg, wenn es darum geht, wieder einmal einen Ausnahmezustand zu erklären.

► **Erst Mecklenburg-Vorpommern, dann Sachsen, dann Köln: Demonstrationen gegen Politiker vor deren Privatwohnsitz rufen Empörung bei Politikern und Medienmachern hervor.** In einem Fall war Ministerpräsidentin Manuela Schwesig betroffen, dann die sächsische Landesgesundheitsministerin Petra Köpping und im Dezember auch der größte Bundesgesundheitsminister aller Zeiten, Karl Lauterbach. Jedes Mal schritt die Polizei ein und ging gegen die Demonstranten vor. Ein Ende des Katz-und-Maus-Spiels ist bislang nicht absehbar.

Der Kölner „Express“ kommentiert das Demonstrationsgeschehen mit Sätzen wie: „Die Protestaktion löste Entsetzen aus und wurde parteiübergreifend verurteilt.“

Das war nicht immer so. Ich selbst haben 20 Jahre lang in Köln gelebt, und den Bürgern der Domstadt hat es drei Mal gefallen, mich in ihren Stadtrat zu wählen. In dieser Zeit fanden mehrfach Demonstrationen gegen mich vor meiner Privatwohnung statt - mal angemeldet und mal nicht. Anstoß nahmen die Massenmedien daran selbst in den beiden Fällen nicht, in denen verummte und mit Knüppeln bewaffnete Schläger auf mich einprügelten. Soweit die Medien überhaupt auf Presseerklärungen reagierten und darüber berichteten, haben sie die Angriffe auf mich ausdrücklich legitimiert.

Aber jetzt auf einmal ist das alles ganz furchtbar. Die Angst wechselt die Seite. Der „Express“ zitiert den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Reul mit dem Satz:

„Wir müssen davon ausgehen, dass aus der Bewegung heraus auch weiter gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agitiert wird, dass es nicht nur um Corona geht und dass ein Teil der Anhänger auch Gewalt befürwortet oder sogar anwenden wird.“

Gewalt war und ist kein legitimes Mittel politischer Auseinandersetzungen. Friedliche Demonstrationen dagegen

Mehr Demokratie wagen?

Demo-Verbot vor dem Haus von Karl Lauterbach



Foto: CC-Lizenz,
Sandro Halank

Karl Lauterbach polarisiert, will aber trotzdem nicht, dass vor seiner Privatwohnung in Köln demonstriert wird. Zu der von ihm offensiv vorangetriebenen Corona-Impfkampagne räumt er ein: „Langzeitwirkungen kann niemand völlig ausschließen, es besteht immer ein Restrisiko.“ - Quelle: herbststiftung.de

sind in einer lebendigen Demokratie unverzichtbar. Politik und Massenmedien wären glaubwürdiger mit ihren Äußerungen und mit ihrem Verhalten, wenn sie diesbezüglich immer schon gleiches

Recht für alle eingefordert hätten und gelten lassen würden.

Manfred Rouhs

Infektionszahlen unabhängig von der Impfquote

► Zwischen der Impfquote eines Landes und den Corona-Infektionszahlen besteht offenbar kein Zusammenhang. Das zeigt eine weltweite Statistik, die auf Corona-in-Zahlen.de veröffentlicht worden ist. Die Seite wird von Dr. Manuel Siekmann in Köln betrieben und stützt sich auf anerkannte Quellen.

In der Auflistung rechts ist jeweils das Land angegeben, dessen Impfquote in Prozent, die 7-Tages-Inzidenz Ende November 2021, zur Einstufung der Entwicklung steht das grüne Häkchen für eine positive Tendenz, der rote Kreis für Alarm und der rote Balken für eine katastrophale Entwicklung.

In einigen afrikanischen Ländern mag es Probleme bei der Erfassung der für diese Auflistung relevanten Daten geben, aber selbst wenn wir alle Afrikaner aus der Betrachtung herauslassen, kommen wir nicht zu dem von der politischen Klasse erhofften Zusammenhang zwischen einer hohen Impfquote und einer erfolgreichen Eindämmung von Corona.

Gibraltar GI: 99%, 1056,	Niederlande NL: 72%, 890,	Thailand TH: 56%, 65,
VAE AE: 89,9%, 5,	Finnland FI: 72%, 130,	Polen PL: 53%, 380,
Singapur SG: 88%, 254,	Australien AU: 72%, 35,	Iran IR: 53%, 43,
Portugal PT: 86%, 160,	Norwegen NO: 70%, 255,	Peru PE: 51%, 29,
Kaimaninseln KY: 84%, 2300,	Neuseeland NZ: 69%, 25,	Mexiko MX: 49%, 13,
Chile CL: 83%, 86,	Frankreich FR: 69%, 207,	Kroatien HR: 48%, 790,
Malta MT: 82%, 105,	UK GB: 69%, 470,	Tunesien TN: 42%, 6,
Spanien ES: 79%, 90,	Deutschland DE: 68%, 400,	Honduras HN: 39%, 4,
Kambodscha KH: 79%, 2,	Schweden SE: 67%, 78,	Philippinen PH: 39%, 7,
Seychellen SC: 79%, 300,	Schweiz CH: 65%, 450,	Russland RU: 37%, 165,
Südkorea KR: 78%, 45,	Österreich AT: 65%, 1080,	Indonesien ID: 32%, 1,
Malaysia MY: 77%, 120,	Argentinien AR: 63%, 17,	Indien IN: 29%, 5,
Japan JP: 76%, 1,	Israel IL: 62%, 18,	Südafrika ZA: 23%, 37,
Island IS: 76%, 300,	Costa Rica CR: 61%, 23,	Pakistan PK: 22%, 1,
Dänemark DK: 76%, 470,	Griechenland GR: 60%, 450,	Bangladesch BD: 20%, 1,
Kanada CA: 76%, 47,	Brasilien BR: 60%, 30,	Ägypten EG: 13%, 6,
Irland IE: 75%, 670,	Ungarn HU: 59%, 670,	Irak IQ: 10%, 12,
Belgien BE: 75%, 970,	Türkei TR: 59%, 190,	Kenia KE: 4%, 1,
Italien IT: 73%, 114,	USA US: 58%, 210,	Madagaskar MG: 1%, 1,

Führt eine hohe Impfquote zu einer Absenkung der Infektionszahlen? Auflistung: Land, Impfquote in %, 7 Tages-Inzidenz, Einstufung (Quelle: corona-in-zahlen.de)

Israel in der fünften Corona-Welle

► Politik und Massenmedien haben die etablierte deutsche Impfstrategie am Beginn der hiesigen vierten Welle mit Verweis auf Impferfolge in Israel verteidigt. Dort ist die Impfquote hoch, weite Teile insbesondere der älteren Bevölkerung sind dreifach geimpft (Stichwort „Boostern“) - und Anfang November waren die Infektionszahlen in Israel niedrig.

Aber am 25. November 2021 ging es wieder los: „Die fünfte Welle hat Israel erfasst.“ Das meldete u.a. der ORF. Kontaktbeschränkungen waren da bereits in Planung. Auf die dritte Impfung folgt eine vierte. Ein Ende ist nicht absehbar.



„Ich glaube, die große Zeit der Pandemie ist vorbei.“

Das erklärte Karl Lauterbach noch im Mai 2021. Und im Dezember 2021 war er der Meinung:

„Die Strategie muss sein, durch Booster Impfung (die) Delta Welle zu beenden und die Omicron Welle abzuwenden.“

Ein Irrtum folgt offenbar dem nächsten.

Ein Bericht des ZDF unter der Überschrift „Wie Israel die vierte Welle gebrochen hat“ vom 20. November 2021 war damit nach gerade einmal fünf Tagen widerlegt. In dem Bericht heißt es:

„Im Sommer hatte sich die Delta-Variante trotz guter Impfquoten rasant in Israel ausgebreitet. Studien zeigten außerdem eine nachlassende Wirksamkeit der in Israel verwendeten Bio-

tech/Pfizer-Impfung. Darauf begann Israel Ende Juli als erstes Land überhaupt damit, seinen Bürgern eine dritte Impfdosis zu geben. Obwohl es zu dem Zeitpunkt dafür keine Empfehlung durch die US-Gesundheitsbehörde gab.“

Als rettende Maßnahme bezeichnet laut ZDF Arnon Afek, Vize-Direktor der Schiba-Klinik bei Tel Aviv, die Booster-Impfungen. Das ist jetzt offenbar der Schnee vom vorvergangenen Monat. Darauf ist jetzt nur noch eine rutschige Talfahrt möglich, aber kein Gipfelsturm mehr in Sachen Pandemie-Bekämpfung.

Und da wundern sich die Medienmacher, warum ihnen niemand mehr glaubt!

Bundeskanzler Olaf Scholz trägt den Koalitionsvertrag vor sich her. Seine Partei wollte dereinst „mehr Demokratie wagen“ - aber offenbar nicht für jeden ...

Foto: CC-Lizenz,
Sandro Halank



Koalitionsvertrag: Noch mehr Geld für „Kampf gegen Rechts“

► **Nicht Corona und schon gar nicht der Terrorismus des politischen Islam sind das Hauptproblem Deutschlands jetzt und in den kommenden Jahren.** Nein, der „Rechtsextremismus ist derzeit die größte Bedrohung unserer Demokratie“. So steht es schwarz auf weiß im Koalitionsvertrag der Ampelparteien SPD, Grüne und FDP.

Schon die schwarz-rote Regierungskoalition hatte die Vergabe von Steuermitteln in Höhe von 1,15 Milliarden Euro an Verbände beschlossen, die den „rechten Ungeist“ in Deutschland austreiben sollten. Eine jetzt von der neuen Regierung übernommene ellenlange Liste vermeintlich förderungswürdiger Projekte

wird angeführt von der Amadeu Antonio Stiftung der früheren Stasi-Zuträgerin Anetta Kahane, umfasst bemerkenswerterweise auch die Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. und endet mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Sie alle dürfen sich nun freuen darüber, dass die Koalitionäre ihre Zuwendungen aus staatlichen Mitteln „anpassen und weiterentwickeln“, also erhöhen werden.

Die Türkische Gemeinde wünscht sich ein zweisprachiges Deutschland. Türken sollen sich nach dem Konzept der Zweisprachigkeit in ihren Stadtteilen wohlfühlen können, ohne Deutsch lernen zu müssen. Der Verband distanziert sich zwar von Recep Erdogan und qualifiziert

sich damit für Geldflüsse aus deutschen Kassen. Mit der Förderung der türkischen Sprache in Deutschland stellt er aber gleichzeitig sicher, dass die in Deutschland lebenden Türken Erdogans Weltbild erfolgreich per Satellitenschüssel aufnehmen und verinnerlichen können.

Vielen Akteuren der bunten Vereinsschar ist gemeinsam, dass sie Deutschland als einen interessanten Wirtschaftsstandort in der Mitte Europas auffassen, nicht aber als die Heimat der Deutschen.

Thilo Sarrazin argwöhnte: „Deutschland schafft sich ab.“ Die neue Bundesregierung jedenfalls nimmt umfassend Geld in die Hand, um die Aktivitäten derer zu beflügeln, die von Deutschland kein positives Verständnis haben. Die einseitige, linksradikale Agitation betreiben und jeden an den Pranger stellen, der sich für die Bewahrung seiner Heimat stark macht. Klar, dass derartige Initiativen nicht aus eigener wirtschaftlicher Kraft bestehen können: Wer will solche Vereine und ihre Parolen schon unterstützen?

► Die alte Bundesregierung, die neue Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie beschlossen. Über den gesamten Maßnahmenkatalog ließe sich locker ein Buch schreiben. Einer der 20 Punkte aber sagt mehr aus über den Realitätssinn und die Volksferne der politischen Klasse als alle anderen. Es ist der Punkt Nummer 19:

„Am Silvestertag und Neujahrstag wird bundesweit ein An- und Versammlungsverbot umgesetzt. Darüber hinaus gilt ein Feuerwerksverbot auf durch die Kommunen zu definierenden publikums-trächtigen Plätzen. Der Verkauf von Pyrotechnik vor Silvester wird in diesem Jahr generell verboten und vom Zünden von Silvesterfeuerwerk generell dringend abgeraten, auch vor dem Hintergrund der hohen Verletzungsgefahr und der bereits enormen Belastung des Gesundheitssystems.“

Die deutsche politische Führung hat in Sachen Corona wieder einmal versagt und die Karre in den Dreck gefahren. Sie nahm an und verkündete öffentlich, Impfen allein mache selig und werde die Pestilenz austreiben. Das hat nur leider nicht funktioniert. Jetzt müssen Sündenböcke her. Warum also nicht mal wieder auf die Pyromanen eindreschen?

Die gelten der ach so (ein-)gebildeten politischen Klasse ja ohnehin als asozial und zumindest mehrheitlich geistig unterbelichtet. Nicht auszudenken, was die alles treiben werden, wenn man sie gewähren lässt! Schade eigentlich, dass man sie über Weihnachten und Neujahr nicht einsperren kann, denn das würde doch wohl Schlimmeres verhüten, nicht wahr?

Im wirklichen Leben besteht zwischen der Böllerei, die man getrost als Blödsinn und als Geldverschwendung bewerten darf, wenn man möchte, und der Ausbreitung von Corona schon deshalb kein Zusammenhang, weil das Knallwerk regelmäßig im Freien und nicht in aerosolbelasteten geschlossenen Räumen gezündet wird. Zudem ist es guter, alter, geselliger, den Stress des Alltags kompen-

Umsatzverlagerung von Deutschland nach Polen: Versammlungs- und Böllerverbot an Silvester



Feuerwerk, Aquarell von Ernst Oppler aus dem Jahr 1911. Feuerwerk gibt es in Europa seit dem 14. Jahrhundert.

sierender Brauch, zum Jahreswechsel die bösen Geister mit einem Feuerwerk und Böllern zu vertreiben.

Beliebt machen sie sich bei Otto Normalverbraucher damit nicht, die Gut- und Bessermenschen von Rot bis Schwarz. Mögen sie es ruhig so weitertreiben! Sie benehmen sich wie Knallfrösche, die unkontrolliert durch die Gegend

springen. Und sie verstehen es trefflich, die Zahl derer zu vermehren, die gestrichen Schnauze voll haben.

Das Feuerwerksverbot hat bereits 2020/21 vielerorts nicht funktioniert. Den Beweis liefert ein Video auf dieser Internetseite: <https://www.signal-online.de/2021/12/03/versammlungs-und-boellerverbot-an-silvester/>